

Ostkreuz Menschenrechtskultur & bürgerschaftliche Integration

Mobile Beratung – Strukturarbeit – Praxisbegleitung – Fortbildung

- Für menschenrechtsbezogene Demokratieentwicklung und kulturübergreifende Verständigung
- Gegen gruppenbezogenen Menschenhass, autoritären Kollektivismus, Diskriminierung und Segregation



Das Projekt „Ostkreuz“ ist das Mobile Beratungsteam der Stiftung SPI in Berlin, das prozessbegleitende Beratungen und Fortbildungen sowie sozialraumorientierte Strukturarbeit zur Stärkung der demokratischen Kultur durchführt.

Das Projekt „Ostkreuz“ wird gefördert durch das
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
im Rahmen des Programms

CIVITAS



Ostkreuz – Menschenrechtskultur und bürgerschaftliche Integration
 Mobile Beratung, Strukturarbeit, Praxisbegleitung & Fortbildung

Zweck & Ziele

Das Projekt „Ostkreuz“ der Stiftung SPI will das Engagement und die Handlungsfähigkeit lokaler Akteure aus Politik, öffentlichen Diensten und Einrichtungen sowie der Zivilgesellschaft stärken: für eine menschenrechtsorientierte und integrative demokratische Kultur – gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, autoritären Kollektivismus, Diskriminierung und Segregation.

Diskriminierung und Hasskriminalität sind gesamtgesellschaftliche Probleme. Die Einstellungen, die etwa fremden- und minderheitenfeindlichen Gewalttaten zugrunde liegen, sind bis in die „Mitte der Gesellschaft“ weit verbreitet und beeinträchtigen durch ihre partielle Dominanz in der gesellschaftlichen Kultur auch die Standortentwicklung in der Mitte Europas. Der Staat kann den Verfassungskonsens einer offenen und humanen, freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft nicht allein bewahren. Es bedarf der Mobilisierung des demokratischen Gemeinwesens. Hierfür gilt es

- eine breite Öffentlichkeit und insbesondere verantwortliche Akteure (Gremien, Gruppen und Einzelpersonen) aus Politik, Verwaltung, Jugendsozialarbeit, Schule, Polizei, Wirtschaft etc. für die Wahrnehmung konkreter Erscheinungsformen gruppenbezogenen Menschenhasses sowie die Perspektive potentieller Opfer zu sensibilisieren;
- vorhandene Ansätze und Aktivitäten sowie – formelle wie informelle – Netzwerke für ein gleichberechtigtes Miteinander und eine gemeinwesenbezogene Menschenrechtskultur zu ermitteln, anzuerkennen, nutzbar zu machen und weiter zu entwickeln;
- fach- und bereichsübergreifende Kommunikation und Kooperation sowie das aktive Bürgerengagement (auch von Angehörigen ethnischer und sozialer Minderheiten) im Sinne einer demokratischen Kultur des Gemeinwesens zu fördern;
- konkrete Probleme und Konflikte ohne vorschnelle Bewertungen und pauschale Vorwürfe zu benennen und diskutabel zu machen, (ggf. geschützte) Räume für den Austausch von Sichtweisen, Erfahrungen und Ideen zu schaffen und Arbeitsergebnisse in den öffentlichen Diskurs einzubringen;
- mit den Akteuren integrierte Handlungskonzepte zu entwickeln, zu implementieren und zu evaluieren, die auf eine nachhaltige Verankerung des menschenrechtsbezogenen Verfassungskonsenses in der politischen Kultur abzielen;
- den jeweils aktuellen Bedarf an fachlicher Beratung, Unterstützung und Fortbildung kontinuierlich zu ermitteln und ebenso zielgruppengerecht wie professionell (vor Ort) zu bedienen und
- dauerhafte professionelle Strukturen zur Beratung, Begleitung, Unterstützung und Koordinierung (Analyse – Ansätze – Ressourcen) entsprechender Initiativen, Aktivitäten und Prozessen als Dienstleistung für kommunale Akteure zu schaffen.

Ansatz

Die Entwicklung und Festigung einer menschenrechtsorientierten und integrativen Kultur ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller verantwortlichen Akteure im demokratischen Gemeinwesen,



- die langfristig und kontinuierlich in und mit der „Mitte der Gesellschaft“ anzugehen ist,
- wofür die Akteure „dort abgeholt“ werden müssen, wo sie stehen,
- wobei die Akteure als verantwortliche Mitgestalter des gesellschaftlichen Lebens im Sinne ihrer Interessen und ihrer Handlungsmöglichkeiten anzusprechen sind.

„Ostkreuz“ bietet zur Unterstützung und Koordination entsprechender Prozesse

- Dienstleistungen, wie
 - **Fachberatung, Fortbildung und Praxisbegleitung** für einzelne Akteure,
 - Unterstützung der **Entwicklung und Implementierung von Konzepten**,
 - **Vermittlung von Kontakten und Informationen**;
- möglichst an die zuständige Verwaltung angebunden: eine Plattform zum Austausch von Erfahrungen und zur Verständigung auf gemeinsame Maßnahmen; nämlich etwa in **Arbeitskreisen**, bei **Tagungen** oder **Workshops**
 - **sozialraumbezogen** für Akteure aus unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen, wobei es nicht zuletzt um die Optimierung von Kommunikation und Kooperation zwischen den unterschiedlichen Akteursgruppen geht,
 - **sozialraum- und fachbezogen** für Akteure aus bestimmten Tätigkeitsbereichen und Arbeitsstrukturen,
 - **sozialraum- und bezirksübergreifend** für die Optimierung von Ansätzen, Angeboten und Ressourcennutzung sowie für den inhaltlichen Austausch zwischen Akteuren aus ähnlichen Tätigkeitsbereichen.

Inhalte

Die Arbeit von „Ostkreuz“ bezieht sich auf die Problemfelder

- **Sicherheit im öffentlichen Raum:** Prävention und Deeskalation von Gruppengewalt,
- Bekämpfung von **Fremdenhass, Minderheitenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus**, ethnozentriertem und religiösem **Chauvinismus**,
- **demokratische Interessenvertretung, Partizipation und Bürgerengagement**,
- **Schutz von Grundrechten** und Entwicklung einer Kultur der Menschenrechte,
- kulturübergreifende soziale **Integration** von Minderheiten und interkulturelle Kompetenz.



Prinzipien

- **Politische Unabhängigkeit:** Jenseits des aktiven Eintretens für die Normen und Werte des Grundgesetzes, der Landesverfassung und maßgeblicher völkerrechtlicher Verträge ist „Ostkreuz“ politisch neutral und dient keiner besonderen politischen Strömung oder Interessengruppe. Das Projekt selbst versteht sich nicht als politischen Akteur. Vielmehr bietet es seine externe und unabhängige Fachkompetenz, die sich u. a. auf eine fortlaufende Reflexion des aktuellen wissenschaftlichen und fachlichen Diskurses gründet, im seiner Rahmen professioneller Dienstleistungen an.
- **Adressatenorientierung:** Die Angebote von „Ostkreuz“ setzen niedrigschwellig an Alltagserfahrungen und den Handlungsmöglichkeiten der Adressaten an, beziehen sich auf den von ihnen artikulierten Bedarf, nehmen die Kompetenz der Adressaten als Experten für ihr jeweiliges Tätigkeitsgebiet ernst, erkennen vorhandene Ansätze sowie das Engagement der Adressaten an und sind auf konkret nutzbare Ergebnisse ausgerichtet.
- **Einbeziehung von Minderheitenperspektiven:** „Ostkreuz“ wirkt darauf hin, dass die Perspektive von Minderheiten, die exponiert von Diskriminierung, Ausgrenzung und gruppenbezogenem Menschenhass betroffen sind, von der Mehrheit wahrgenommen wird. Die Selbstorganisation sozialer, ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten sowie ihre Einbeziehung in Netzwerkstrukturen zwischen unterschiedlichen Akteuren ist ein wesentlicher Aspekt der Entwicklung und Festigung einer menschenrechtsorientierten Demokratie.
- **Partizipation:** Die Angebote von „Ostkreuz“ nehmen Bezug auf vorhandene Netzwerke, Initiativen und Ansätze, beziehen diese möglichst in die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen ein, betrachten die aktive und freiwillige Mitwirkung der Akteure als wesentliches Element der Entwicklung und Implementierung von Handlungskonzepten und zielen auf die Stärkung von eigenverantwortlichem Handeln, zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation sowie demokratischer Beteiligung ab.
- **Prozessorientierung:** Die zielen Angebote von „Ostkreuz“ auf die Förderung und Unterstützung von langfristigen, kooperativen Kommunikations-, Reflexions- und Arbeitsprozessen, die von den Akteuren selbst getragen werden.



Mobile Beratung – eine Maulwurfsarbeit?

Ein Praxisbericht des mobilen Beratungsteams „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts“ der Stiftung SPI in Berlin

Drei Beispiele

Ein Tag im September. Nach der Sommerpause boomen die Wohnungsanzeigen im Berliner Blätterwald. Studenten ziehen in die Hauptstadt, Eigentümer und Verwalter von Wohnungen buhlen angesichts des Leerstands in einigen Gegenden um neue Mieter. Eine Wohnungsbaugesellschaft jedoch schließt einen Teil ihrer potentiellen Kunden schon von vorneherein in ihrem Anzeigentext aus. Gesucht sind "nur deutschsprachige Mieter, mit lfd. Einkommen".

Berliner Winter im Dezember. Die Jugendeinrichtungen in den Bezirken sind gut besucht, statt auf der Straße halten sich die Jugendlichen lieber wieder in beheizten Räumen auf. In einem Club tummelt sich dieses Jahr vermehrt eine Gruppe junger kurzhaariger Männer. Einige andere Jugendliche bleiben daraufhin weg. Die Sozialarbeiter sind ratlos. Einerseits fallen die neuen Jungen in der Einrichtung nicht weiter negativ auf, andererseits wird immer deutlicher, dass sie Kontakte zur rechtsextremen Szene in der Stadt haben. Eine antifaschistische Gruppe im Kiez kündigt Proteste an.

Ein erster warmer Abend im April. An einem Berliner S-Bahnhof wird eine junge Afrodeutsche zunächst verbal, schließlich auch körperlich von einigen jungen Männern attackiert. Umherstehende Passanten verweigern einen Notruf bei der Polizei. Ein Straßenbahnfahrer, den die junge Frau um Hilfe bittet, fährt einfach weiter.

Kein Berliner Alltag, dennoch nur drei von vielen weiteren Beispielen aus dem letzten Jahr, die sich so oder so ähnlich zugetragen haben. Drei Beispiele, die zeigen, dass das Problem, das unter dem Schlagwort „Rechtsextremismus“ im Sommer 2000 öffentliche Aufmerksamkeit erregte, tiefergehend ist, als es die jährlichen Statistiken der Verfassungsschutzämter vermuten lassen. Die Beispiele zeigen außerdem, dass es nicht allein um das Zurückdrängen offensichtlich rechtsextremer Tendenzen vor Ort gehen kann, sondern vielmehr auch um Demokratieentwicklung, Menschenrechtsschutz und kulturübergreifende gesellschaftliche Integration gehen muss. Für die konkrete Arbeit der mobilen Beratung bedeutet dies, dass diese auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Kontexten mit verschiedenen Akteuren agieren muss, um der vielschichtigen Problematik adäquat begegnen zu können. Zum Tragen kommen dabei drei Instrumente: Beratung, Begleitung und Bildung. Was heißt das konkret?

Die Arbeit mobiler Beratung in der Praxis

Im Falle der oben erwähnten Wohnungsbaugesellschaft wäre zunächst eine Kontaktaufnahme mit dieser wichtig: Welches Motiv steckt hinter dem Anzeigentext? Um welches Wohnumfeld handelt es sich? Wie gestaltet sich der Sozialraum vor Ort? Wie nehmen die dort Ansässigen ihr Wohnumfeld wahr? Geht die Wohnungsbaugesellschaft auf das Gesprächsangebot ein, kann mit den Mitarbeitern genauer erörtert werden, wie es zu dem Text in der Anzeige kam, warum so deutliche Ausschlusskriterien formuliert wurden, was dies für das gesellschaftliche Klima vor Ort bedeutet usw. Wird dadurch ein konstruktiver Diskussionsprozess in Gang gesetzt, ist es Aufgabe der mobilen Beratung, diesen dauerhaft durch Beratung und – falls gewünscht – Fortbildungen zu begleiten sowie Kontakte zu weiteren Akteuren im Sozialraum zu vermitteln, um gemeinsam zu einer Verbesserung des

Wohnumfeldes bzw. des Sozialraums beizutragen, ohne sich dabei menschenrechtsfeindlicher Mittel zu bedienen. In diesem konkreten Fall wurde das Gesprächsangebot von „Ostkreuz“ seitens der Wohnungsbaugesellschaft jedoch zurückgewiesen: man signalisierte deutlich, kein Interesse an einem Austausch zu haben. Im weiteren Verlauf wurde der Anzeigentext durch Politik und Medien skandalisiert. Ob der so erzeugte Druck bei den Verantwortlichen der Wohnungsbaugesellschaft zu einer kritischen Selbstreflexion geführt hat, darf bezweifelt werden. Immerhin wurde so jedoch eine öffentliche Auseinandersetzung ermöglicht. Das Beispiel zeigt deutlich, dass mobile Beratung auch die Bereitschaft der Akteure zur Voraussetzung hat, das Beratungsangebot anzunehmen.

Häufig aufgeschlossener sind in dieser Hinsicht Sozialarbeiter und Pädagogen. Das oben geschilderte Beispiel eines Jugendclubs ist kein Einzelfall. Die Mitarbeiter solcher Einrichtungen befinden sich häufig in einer Zwickmühle. Angesichts immer knapper werdender finanzieller Zuwendungen fürchten nicht wenige um ihre Existenz. Mehr denn je sind Einrichtungen daher auf konstante Besucherzahlen angewiesen. Dabei ist es nur logisch, dass auch rechtsextreme bzw. rechtsextrem orientierte Jugendliche zu den Besuchern von Jugendclubs gehören, machen diese in manchen Gegenden doch inzwischen einen nicht unerheblichen Teil der jugendkulturellen Szenen vor Ort aus. Findet seitens der Mitarbeiter kein konzeptionell überlegter Umgang mit den Jugendlichen statt, werden diese zum einen ihrer sozialpädagogischen Profession nicht gerecht, zum anderen droht der nicht unberechtigte öffentliche Vorwurf, „Glatzenpflege“ auf Staatskosten zu betreiben. Hingegen bedarf die Entwicklung eines sozialpädagogischen Konzepts, das eine kritische und konfrontierende Auseinandersetzung mit den Jugendlichen zum Ziel hat, auch einer gehörigen Portion Selbstbewusstsein seitens der Mitarbeiter – nicht nur gegenüber den Jugendlichen, sondern auch gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit. An diesem Punkt kann mobile Beratung wiederum unterstützend und auch korrigierend tätig sein. „Ostkreuz“ begleitet einige Berliner Jugendeinrichtungen bei ihrem Versuch, einen Umgang mit der beschriebenen, problematischen Klientel zu finden. Hierzu gehören neben der Bereitstellung von Fachwissen und Materialien des weiteren: kontinuierliche Reflexionsgespräche, situationsgerechte Fortbildungseinheiten, Begleitung bei der Planung von Events und Clubaktionen sowie die Vernetzung mit weiteren Einrichtungen, die vor ähnlichen Problemlagen stehen. Angestrebt wird darüber hinaus immer wieder eine verstärkte Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren im Sozialraum.

Das dritte oben geschilderte Beispiel zeigt, dass Minderheitenfeindlichkeit, fehlende Zivilcourage und mangelndes demokratisches Alltagsbewusstsein nicht allein jugendliche Probleme sind. Entsprechend können auch die Adressaten von mobiler Beratung nicht an ihrem Alter festgemacht werden, vielmehr umfasst das Spektrum schlicht alle gesellschaftlichen Gruppen - vom einzelnen Bürger bis hin zum Bezirksbürgermeister. So unterschiedlich jedoch die Akteure in ihrer Rolle, gesellschaftlichen Stellung und Funktion sind, so unterschiedlich – d.h.: angemessen – müssen auch Zugang und Instrumente mobiler Beratung sein. Für den oben dargestellten rassistisch motivierten Angriff auf eine junge Frau interessierten sich für einige Tage auch die Medien. Ein demokratisches Gemeinwesen bedarf der Skandalisierung rechtsextremer Erscheinungen und Tendenzen. Diese ist notwendig und wichtig. Die Arbeit mobiler Beratung ist jedoch leiser und benötigt mehr Durchhaltevermögen. Zu den Standards dieser Maulwurfsarbeit gehört es, die Adressaten zunächst so zu akzeptieren wie sie sind, ihnen den Raum für Veränderung zu lassen und dabei den langen Atem nicht zu verlieren. Im erwähnten Beispiel sind die Adressaten die Bürger des Bezirks sowie die Verkehrsbetriebe: Warum konnten die jugendlichen Angreifer mit der Ignoranz bzw. Zustimmung der Passanten rechnen? Hätten sie überall in Berlin entsprechend selbstsicher agieren können? Warum verweigert ein Straßenbahnfahrer

einen Notruf an die Zentrale oder Polizei, wo doch auf der Straßenbahntür ein deutlich sichtbarer Aufkleber der „Aktion Noteingang“ prangt? Inwieweit sind hier die Verkehrsbetriebe zur Verantwortung zu ziehen, die sich öffentlich zur Hilfe für Opfer solcher Angriffe bekennen, aber offensichtlich mindestens einen ihrer Mitarbeiter hierfür nicht sensibilisieren konnten? An diesen Stellen nachzuhaken, ins Gespräch zu kommen, die Diskussion im Stadtteil oder Betrieb zu forcieren, Stellungnahmen einzufordern – auch das ist Aufgabe mobiler Beratung.

Die drei Beispiele stehen für sich, bilden aus Sicht mobiler Beratung dennoch einen Zusammenhang. Erst wenn sich die unterschiedlichen Akteure ihrer gemeinsamen Verantwortung bewusst werden und bereit sind, diese auch anzunehmen und umzusetzen, kann sich vor Ort eine menschenrechtsorientierte Kultur entfalten, die der Ausbreitung demokratiefeindlicher Tendenzen wirksam entgegensteht. Verantwortlich hierfür sind eben nicht nur Lehrer oder Sozialpädagogen, einzubeziehen sind vielmehr auch lokale Amts- und Mandatsträger, kommunalpolitische Gremien, Verwaltung sowie öffentliche und freie Träger, Kirchen, Verbände und (Sport-)Vereine, Unternehmen, örtliche und sozialraumbezogene Netzwerke, lokale Initiativen und Projekte, Vertreter von Minderheiten und interessierte Einzelpersonen.

Zum täglichen Geschäft mobiler Beratung gehören natürlich eine Reihe weiterer Tätigkeiten. Die kontinuierlichen Recherchen über Entwicklungen in der regionalen rechtsextremen Szene sind dabei genauso von Interesse wie Veränderungen und struktureller Wandel in den Sozialräumen. Wesentliche Informationen und Erkenntnisse werden entsprechend aufgearbeitet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Auch der regelmäßige Besuch von Foren, Initiativen oder Gremien ist notwendig, um als ansprechbare professionelle Dienstleistungsplattform wahrgenommen und aktiv zu werden. Schließlich ist auch die Weiterbildung der Mitarbeiter von „Ostkreuz“ selbst zu erwähnen: bei der Vielfältigkeit fachlicher Kompetenzen, die das Team versammelt, ist es dennoch unerlässlich, fortlaufend die fachlichen und wissenschaftlichen Diskussionen und Erkenntnisse über die Themenfelder Rechtsextremismus, Menschenrechtskultur, pädagogische Gegenstrategien, Bürger- und Zivilgesellschaft, interkulturelle Verständigung, Sub- und Jugendkulturen, Quartiersmanagement etc. zu verfolgen und in die praktische Arbeit einfließen zu lassen.

Ausblick

Mobile Beratung heißt mehr, als auf vier Rädern durch die Stadt zu touren. Mobil heißt, die Akteure vor Ort aufzusuchen und anzusprechen, heißt Flexibilität, um situationsgerecht agieren zu können, heißt Sensibilität, um einen angemessenen Umgang mit den Adressaten zu finden, heißt Prozessorientierung, um weiter abgesteckte Ziele in der alltäglichen Arbeit nicht aus den Augen zu verlieren. Insofern kann die Tätigkeit der mobilen Beratung durchaus mit der des Maulwurfs verglichen werden. Die Vision dabei bleibt die längst bestehende bessere Hälfte Berlins: Eine tolerante, buntgemischte, weltoffene Hauptstadt. An der anderen Hälfte wird noch länger zu arbeiten sein.

Ann-Sofie Susen



Anhang**Ostkreuz – Menschenrechtskultur und bürgerschaftliche Integration**

Mobile Beratung, Strukturarbeit, Praxisbegleitung & Fortbildung

Die Bundesrepublik Deutschland hat eine Vielzahl von völkerrechtlichen Verträgen zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten ratifiziert. Diese Verpflichtungen, die Bund, Länder und Kommunen binden, reichen über das unmittelbare staatliche Handeln hinaus: Der Staat hat auch Beeinträchtigungen dieser Rechte durch Private zu unterbinden (Stichwort „Drittwirkung“). Der Staat kann aber den demokratischen Verfassungskonsens nicht allein bewahren. Ein lebendiges, demokratisches Gemeinwesen braucht Menschen, die sich aktiv für die Werte und Normen einer offenen und humanen Gesellschaft einsetzen. Wo die freiheitliche demokratische Grundordnung, ihre Grundwerte und Institutionen nicht von der Zustimmung und aktiven Mitwirkung einer verantwortlich engagierten Bürgerschaft getragen werden, ist die Funktionsfähigkeit des demokratischen Gemeinwesens beeinträchtigt. Darüber hinaus bilden rassistische und fremdenfeindliche Vorfälle, Hasskriminalität und ethnozentrierte Intoleranz auch ein Risiko für die Standortentwicklung. Umgekehrt sind die Bereitschaft und Fähigkeit zur gewaltfreien Konfliktaustragung und zum Interessenausgleich sowie soziale Kompetenzen im Umgang mit Fremdheit und Vielfalt wesentliche Aspekte einer ganzheitlichen Standortentwicklung.

Das Projekt „Ostkreuz“ der Stiftung SPI arbeitet als Dienstleistungsplattform an der Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung, öffentlichen Diensten und Einrichtungen sowie Zivilgesellschaft für eine menschenrechtsorientierte und integrative demokratische Kultur – gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, autoritären Kollektivismus, Diskriminierung und Segregation.

Als sein zentrales Aufgaben- und Arbeitsgebiet betrachtet das Projekt die Dekomposition der kulturellen Hegemonie antihumanistischer Einstellungen. Solche Einstellungen sind kein auf „Randgruppen“ beschränktes Phänomen. Sie reichen bis weit in die „Mitte der Gesellschaft“: Eine lange Reihe von Untersuchungen belegt, dass etwa zehn bis 15 Prozent der Deutschen ein geschlossen rechtsextrems Weltbild haben. Einige rechtsextrême – insbesondere fremdenfeindliche – Parolen stoßen bei über einem Drittel der Bundesbürger auf positive Resonanz. Und die Mehrheit der Deutschen mit rechtsextrêmén Einstellungen ist erwerbstätig, lebt in geordneten sozialen Verhältnissen und wählt etablierte Parteien.

Die Verbreitung von Einstellungen und Denkmustern, die mit den Werten und Normen einer offenen, freiheitlichen und pluralistischen humanen Gesellschaft unvereinbar sind, ist nicht mit einer allgemeinen Vorherrschaft gefestigter rechtsextrêmér Gesinnungen oder gar einer aktiv-kämpferischen Feindschaft gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gleichzusetzen. Sie trägt aber nicht unwesentlich zum atmosphärischen Hintergrund partieller rechtsextrêmér Dominanz in bestimmten Sozialräumen und von rechtsextrêmén Straftaten bei. Darüber hinaus erschwert sie es, Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unterhalb der Schwelle von Straf- und Gewalttaten wahrzunehmen und sich mit diesen Erscheinungsformen auseinander zu setzen.

Dementsprechend begreift das Projekt seine Arbeit zur Demokratieentwicklung, Menschenrechtsschutz und kulturübergreifende gesellschaftliche Integration als einen Beitrag für eine soziokulturelle Auseinandersetzung in der „Mitte der Gesellschaft“ um die „Mitte der Gesellschaft“, der jeweils da anzusetzen hat, wo die Akteure stehen, und das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure im oben angeführten Sinne fördern soll.

Als Dienstleistungsanbieter kann und soll das Projekt keine „neuen“ Strukturen durchsetzen. Vielmehr soll es die Möglichkeiten interessierter Akteure verbessern, Erfahrungen und Fachwissen auszutauschen, sich auf gemeinsame Maßnahmen zu verständigen und diese zu erproben. Das kann bedeuten, bewährte Ansätze zu erweitern oder neue und innovative Modelle zu entwickeln.

Als Akteure bzw. Akteursgruppen gelten hierbei vor allem:

- lokale Amts- und Mandatsträger, kommunalpolitische Gremien, Kommunalverwaltungen,
- Schulen (Lehrer, Eltern, Schüler und kommunale Bedienstete), Polizei,
- öffentliche und freie Träger und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, Sozialarbeit und Jugendhilfe,
- Quartiersmanagement, Stadtteilzentren, Stadtteilkonferenzen etc.,
- Kirchen, Verbände und (Sport-)Vereine,
- Wirtschaft (insbesondere Wohnungsbaugesellschaften, Handel und Gewerbe),
- örtliche und sozialraumbezogene Netzwerke, lokale Initiativen und Projekte,
- VertreterInnen sozialer, ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten sowie von Immigrantengruppen- und Flüchtlingsgruppen,
- interessierte Einzelpersonen.

Funktions- und Wirkungsweise

Recherche und Analyse

Voraussetzung einer gelingenden Strukturarbeit und einzelnen professioneller Dienstleistungen (Beratung, Fortbildung, Praxisbegleitung) ist eine auf die Analyse der vorhandenen Probleme, Akteure, Ansätze und Ressourcen gegründete Einschätzung der Situation, die zugleich auf den aktuellen Stand der wissenschaftlichen und fachlichen Diskussion Bezug nimmt.

Dienstleistungsangebote

Die Lageeinschätzung bleibt allerdings fruchtlos, wenn es nicht gelingt, die für die Gestaltung und Veränderung der Situation relevanten Akteure zu erreichen. So muss sich die fachliche Kompetenz externer Dienstleistungsanbieter in Angeboten für die Akteure umsetzen, die für diese von unmittelbarem Nutzen sind. Insofern sind entsprechende Fachberatungen, Fortbildungen und praktische Hilfen Teil der laufenden Arbeit und zugleich der erste Schritt zur Koordination und Vernetzung von Akteuren, der mit der mit dem Tätigkeitsfeld „aktive Information und Kommunikation mit relevanten Akteuren (Schlüsselpersonen, Multiplikatoren, Netzwerke und Gremien) verbunden ist.

Strukturarbeit

Diese Arbeit bildet die Grundlage dafür, sozialraum- und / oder fachbezogen längerfristige Prozesse in Gang zu setzen und zu gestalten, bei denen die Akteure (im Sinne eines strategischen Steuerungskreislaufes)

- Erfahrungen, Ideen und konzeptionelle Ansätze austauschen,
- sich auf gemeinsame Leitbilder (Vision) verständigen,
- ihre Stärken und Schwächen (Bedarf) analysieren,
- gemeinsame Ziele und Handlungskonzepte entwickeln,
- konkrete Maßnahmen, Standards und Indikatoren vereinbaren,
- die Umsetzung auswerten und Ergebnisse veröffentlichen.

Solche Prozesse anzuregen und zu begleiten, ist Ziel und Inhalt der Strukturarbeit von „Ostkreuz“. Dafür ist das Projekt in Gremien präsent und bietet z. B. mit Tagungen und Workshops Raum und Gelegenheit zur Kommunikation und Kooperation. Und in diesem Sinne übernimmt das Projekt Unterstützungs- und Koordinierungsfunktionen beim Management der Entwicklung und Implementierung von gemeinwesen- und sozialraumorientierten Handlungskonzepten sowie beim Transfer (Dissemination) der Ergebnisse und Erfahrungen exemplarischer Konzepte und Projekte.

Bisherige Ergebnisse der Modellphase (Stand April 2003)

Nachdem sich das Projektteam konstituiert sowie das Projektbüro in der Schönhauser Allee eingerichtet hatte und ein Personalwechsel in der Projektleitung vollzogen war, konzentrierte sich die Arbeit des Projektes „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts“ ab dem zweiten Quartal 2002 darauf, die **Grundlagen** dafür zu schaffen,

- sich als fachlich anerkannte Dienstleistungsplattform für eine **gemeinwesenbezogene und sozialraumorientierte Strukturarbeit** in den Bezirken Pankow und Marzahn-Hellersdorf (bisherige Schwerpunktbezirke des Projekts) zu etablieren,
- das Projekt als eine **Schnittstelle für die fachliche Information, Kommunikation und Kooperation** (etwa von SozialpädagogInnen oder LehrerInnen) in diesen Bezirken und darüber hinaus auf- und auszubauen und
- das Projekt – anknüpfend an die sozialraumorientierte Strukturarbeit – zum Kooperationspartner und Dienstleistungsanbieter für **bezirksübergreifende Kooperationen** mit dem Fokus auf **kulturübergreifende Verständigung** und Integration insbesondere zwischen Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen aus dem Ostteil und dem Westteil auszubauen.

Dies erfolgte insbesondere durch den Aufbau von – insbesondere personenbezogenen – **Arbeitsbeziehungen vor allem mit**

- dem Jugendamt Pankow (politische Bildung): derzeit arbeitet „Ostkreuz“ in Kooperation mit dem Jugendamt Pankow mit mehreren Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk an der Einführung der „Aktion Noteingang“;
- der Netzwerkstelle „MITEINANDER“ Marzahn-Hellersdorf (FiPP e.V.);

- der Migrantenbeauftragten, dem Jugendamt und dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf insgesamt: „Ostkreuz“ arbeitet im Auftrag und in Kooperation mit der Kommunalverwaltung an einem „bezirklichen Konzept gegen Rechtsextremismus“;
- zwei größeren und einigen kleineren freien Trägern von sozialer Arbeit bzw. Jugend- und Straßensozialarbeit sowie etwa einem Dutzend lokaler Einrichtungen und Projekte in den bisherigen Schwerpunktbezirken;
- etwa einem halben Dutzend Schulen in Pankow, Marzahn, Wedding und Schöneberg;
- der bisherigen Polizei-Direktion 7 (demnächst Dir. 6) und insbesondere deren Operativer Gruppe Jugendgruppengewalt (OGJ), darüber hinaus bestehen auch Kontakte zur LPS Berlin;
- dem „Runden Tisch für Menschenrechte – gegen Gewalt“ in Marzahn-Hellersdorf, dem „Netzwerk gegen Rechts“ in Pankow und einem Lehrer-Schüler-Netzwerk in Marzahn-Hellersdorf;
- dem Servicebüro der WBG Marzahn für den Sozialraum „Marzahner Promenade“ und der „Initiative Marzahner Promenade“ (Gewerbetreibende, Anwohner und lokale Einrichtungen) sowie mit
- einzelnen BVV-Mitgliedern in Marzahn-Hellersdorf und Pankow sowie Wahlkreisabgeordneten aus diesen Bezirken.

Darüber hinaus bestehen innerhalb der Stiftung SPI (bzw. des GB „Soziale Räume und Projekte“) enge Arbeitsbeziehungen u. a. zu den SPI-Projekten „Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik“, „Drehkreuz – Netzwerk Demokratie“, „Clearingstelle Sozialarbeit – Polizei“ und „Platzmanagement Alexanderplatz“. Enge kollegiale Kontakte werden auch mit dem Mobilen Beratungsteam „Tolerantes Brandenburg“ der RAA Brandenburg sowie mit der Netzwerkstelle Lichtenberg-Hohenschönhausen gepflegt.

Als **Aktivitäten**, die maßgeblich zum Aufbau dieser Arbeitsbeziehungen beitragen und beitragen sind insbesondere hervorzuheben:

- Beratungen und Kooperationen im Zusammenhang von CIVITAS-Anträgen (zumeist auf Anregung und immer in enger Abstimmung mit der Servicestelle CIVITAS);
- Zielgruppenspezifische Fortbildungsangebote (v. a. niedrigschwellige Einstiegsveranstaltungen und Fortbildungsreihen);
- der OpenSpace-Workshop „Miteinander in Marzahn-Hellersdorf“ (Auftaktveranstaltung der Netzwerkstelle „MITEINANDER“ in Marzahn-Hellersdorf, die in Kooperation mit dem MBT „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts“ organisiert und durchgeführt wurde);
- Beratungen für Jugendfreizeiteinrichtungen und Straßensozialarbeiter in Marzahn, die auch mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen arbeiten (im Ergebnis der OpenSpace-Veranstaltung in Marzahn und der Auftaktveranstaltung zur „Aktion Noteingang“ in Pankow);
- Präsenz in Gremien sowie auf Veranstaltungen und Tagungen;
- Beiträge zu Veranstaltungen lokaler Akteure;
- fachliche und konzeptionelle Beratung sowie Zuarbeit für kommunale Gremien und lokale Akteure (z. B. die Auswertung einer Umfrage des Bezirksamtes Marzahn) sowie
- die fachliche Recherche und Informationsverbreitung – nicht zuletzt über den „Ostkreuz“-NEWSLETTER, der (per E-Mail) inzwischen regelmäßig über 250 Abonnenten erreicht.

Durch diese Tätigkeiten hat sich das MBT der Stiftung SPI bei den genannten Zielgruppen inzwischen den Ruf eines fachlich kompetenten, verlässlichen und nicht zuletzt (da durch CIVITAS finanziert) auch kostenneutralen Kooperationspartners erarbeitet. Der Erfolg des Projektes drückt sich vor allem darin aus, dass sich inzwischen lokale Akteure gerade auch in Bezirken und Sozialräumen, die unter dem Stigma einer „rechten Gegend“ leiden und an

sich große Vorbehalte gegenüber der Einbeziehung externer Berater haben, an „Ostkreuz“ wenden. Mehr noch: dass sie (im Vertrauen auf eine faire, kooperative und ggf. auch vertrauliche Behandlung realer Probleme mit rechtsextremen Erscheinungen) das Benennen der konkreten Erscheinungsformen und Hintergründe von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter Einbeziehung der Perspektive der davon exponiert betroffenen Minderheiten als Teil der Fachkompetenz des MBT anerkennen.

Gemessen am Ziel eines Diskurses, in dem die lokalen Akteure selbst die partielle Dominanz rechtsextremer Subkulturen im öffentlichen Raum und die besondere Betroffenheit von Minderheiten durch die real existierende Minderheitenfeindlichkeit thematisieren und reflektieren, mag dieser Erfolg minimal erscheinen. Doch gerade anhand der Probleme, Bedingungen und Schranken des Arbeitsansatzes von „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts“ lässt sich als ein erstes Fazit der Modellphase festhalten:

Eine Arbeit für Demokratieentwicklung, Menschenrechtsschutz und kulturübergreifende gesellschaftliche Integration, die in der „Mitte der Gesellschaft“ bei den dort gegebenen Akteuren ansetzt, diese Akteure als verantwortliche Mitgestalter ihres Gemeinwesens und des demokratischen Verfassungskonsenses ernst nimmt, ihren guten Willen anerkennt und sich mit ihnen (ihren Standpunkten, Sichtweisen und Handlungsmöglichkeiten) in einem partnerschaftlichen Verhältnis auseinandersetzt, **kann nur langfristig evaluierbare Erfolge erzielen.**

Sie beruht nicht zuletzt auf einer längerfristig bewährten, gegenseitigen Vertrauensbildung und muss in Rechnung stellen, dass

- lokale Akteure in den Bereichen Bildung, Jugend, soziale Arbeit, Sport, Kultur, Polizei, Wohnen und Bauen, Wirtschaft und Gewerbe gerade in Zeiten struktureller und konjunktureller Krisen eigene Prioritäten haben, die nicht mit jenen der menschenrechtsorientierten Demokratieentwicklung und kulturübergreifenden Integration deckungsgleich sein müssen;
- die Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein „weiches“ Thema der Standortentwicklung und noch dazu eines ist, dass von vielen Akteuren in der „Mitte der Gesellschaft“ als „heikel“ empfunden wird;
- das Interesse an öffentlich geförderten Maßnahmen zur Bekämpfung verfassungsfeindlicher Tendenzen und zur Gewaltprävention bei Trägern sozialer Arbeit und Jugendfreizeiteinrichtungen nicht zuletzt auch durch die Möglichkeit motiviert ist, allgemeine Angebote der Jugendarbeit aufrecht zu erhalten, und nicht immer zur qualitätsbewussten Entwicklung spezifischer Projekte führt;
- kontinuierlich arbeitende, formale Netzwerk-Runden sowie „in die Tiefe gehende“ Fortbildungsmaßnahmen und Beratungsprozesse (ohne angemessene Wertschätzung und Freistellung durch vorgesetzte Stellen bzw. Geldgeber) von vielen Akteuren eher als „Zusatzbelastung“ denn als Entlastung wahrgenommen wird und dass
- gerade in den östlichen Außenbezirken Berlins die Vereinslandschaft tendenziell eher durch Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als durch etablierte Strukturen von Freiwilligenarbeit und ehrenamtlichem staatsbürgerlichen Engagement geprägt ist. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzlage in den Bezirken bricht derzeit ein nicht unerheblicher Teil von lokalen Kooperationspartnern einer sozialraumorientierten Strukturarbeit weg.

Andererseits – und auch dies gehört zum ersten Fazit der Modellphase – scheint dieser Arbeitsansatz, der sozialraumorientiert und kooperativ in der „Mitte der Gesellschaft“ ansetzt eher eine nachhaltige Wirkung im Sinne der Zielsetzung zu versprechen, als immer

wieder neu und kurzfristig angelegte Einzelmaßnahmen, bei denen letztlich immer wieder die gleichen Forderungen auftauchen.

Nachhaltig wirksam im Sinne der Förderung eines selbsttragenden Diskurses der lokaler Akteure, der sich auf die tatsächlich vorhandenen Erscheinungen und Entwicklungstendenzen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bezieht und in eine Selbstorganisation kontinuierlicher Maßnahmen zur Demokratieentwicklung und kulturübergreifenden Integration mündet, kann eine entsprechende Dienstleistungsstruktur aber nur arbeiten, wenn sie als fachlich kompetenter und vertrauenswürdiger Partner etabliert und vor Ort anerkannt ist: Um wirksam zu werden, müssen ihre Angebote von den lokalen Akteuren angenommen werden – und sie können nur angemessen formuliert werden, wenn seitens der Akteure das Vertrauen besteht, dass reale Probleme offen ausgesprochen werden können, um konstruktiv und mit Nutzen für die Akteure bearbeitet zu werden – und nicht als Munition für eine öffentliche Stigmatisierung dienen. Eine wesentliche Bedingung für dieses Vertrauen ist Kontinuität.

Ausblick

Sofern ein hinreichendes politisches Interesse seitens des Landes Berlin an der Fortsetzung der begonnenen Arbeit besteht, muss es im Anschluss an die Modellphase des CIVITAS-Projektes „Ostkreuz – Netzwerke gegen Rechts“ darum gehen, seine mittel- und langfristig erfolversprechenden Ansätze in eine **dauerhaftere Arbeitsstruktur für Demokratieentwicklung, Menschenrechtsschutz und kulturübergreifende gesellschaftliche Integration** zu überführen. Diese Arbeitsstruktur sollte die folgenden Tätigkeitsfelder abdecken und zu einander in Beziehung setzen:

1. Sozialraumorientierte und gemeinwesenbezogene Strukturarbeit:

Je nach personeller Ausstattung soll dieser Tätigkeitsbereich in mehr oder weniger vielen Quartieren oder Ortsteilen (vor allem in östlichen Stadtbezirken Berlins) engagierte lokale Akteure, Aktivitäten und – auch informelle – Netzwerkstrukturen exemplarisch sichtbar und für die sozialraumbezogene Zusammenarbeit von Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen (wie Schule, Jugend- und Straßensozialarbeit, Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Gewerbe, Polizei und Minderheitenorganisationen etc.) nutzbar machen.

Ansatzpunkte hierfür bieten insbesondere die „Aktion Noteingang“ in Pankow und die Entwicklung eines „bezirklichen Konzepts gegen Rechtsextremismus und Minderheitenfeindlichkeit“ in Marzahn-Hellersdorf (beginnend mit dem Stadtteil Marzahn-Mitte).

Methodisch ist neben der Präsenz und konzeptionellen Zuarbeit in bezirklichen Gremien und vorhandenen Netzwerkstrukturen vor allem an kleinere Tagungen und Veranstaltungen zu denken, die vor allem Raum für die Präsentation von modellhaften Arbeitsansätzen und den Erfahrungsaustausch zwischen den lokalen Akteuren bieten (ohne unbedingt neue formale Vernetzungsstrukturen zu etablieren).

2. Bezirksübergreifende Kooperationen

Dabei soll es vor allem um die Zusammenarbeit von Schulen (auch Fach- und Berufsschulen) und Jugendfreizeiteinrichtungen aus östlichen und westlichen Stadtbezirken Berlins gehen, die über vereinzelte „exotische“ Begegnungen hinausgehend junge Menschen unterschiedlicher Herkunft (Ost- und Westberliner/innen, Spätaussiedler/innen und Jugendliche nichtdeutscher Herkunft, Jugendliche aus unterschiedlichen Milieus und/oder unterschiedlichen Jugendkulturen) zusammenbringt.

Inhaltlich sind dabei insbesondere die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Jugendlichen, der Umgang mit Fremdheit, Verschiedenheit und Vielfalt, der Einfluss unterschiedlicher Kulturen auf Lebensentwürfe und Lebensstile (etwa auch im Hinblick auf Liebe und Sexualität, Gender-Rollen, Ehrbegriffe und Konfliktaustragung, das Verhältnis zwischen den Generationen, Religion und Menschenrechte usw.), aber nicht zuletzt auch die Gemeinsamkeiten von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft zu thematisieren. Methodisch kann es z. B. um Video-Projekte oder Ausstellungen, Theaterprojekte und Workshops (etwa im Rahmen von Projektwochen) gehen. Grundsätzlich sollte dieses Arbeitsfeld an der sozialraumorientierten Strukturarbeit (bzw. dem von den lokalen Akteuren formulierten Bedarf) anknüpfen und aufbauen.

3. Zielgruppenspezifische Fortbildungs- und Beratungsangebote

insbesondere für SozialpädagogInnen, StraßensozialarbeiterInnen, Jugendgerichts- und BewährungshelferInnen, PolizistInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen sowie für Auszubildende bzw. Studierende an den entsprechenden Fachschulen und Fachhochschulen. Thematisch sollten sich diese Angebote auf die Bereiche „Wahrnehmung von und Umgang mit Xenophobie, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, autoritärem Kollektivismus und aggressiv-dominanten Subkulturen“, „Diskriminierung und Hasskriminalität“, „Umgang mit Fremdheit und Verschiedenheit“, „Kultur, Identität und kulturübergreifende Verständigung“ sowie „Projektentwicklung und Projektmanagement“ beziehen.

Die Angebote könnten (a) als Beratungen und Fortbildungen „vor Ort“ (in den Einrichtungen und Büros), (b) als Projekttag oder Projektwochen bzw. Blockseminare an Fachschulen und Fachhochschulen sowie (c) in Form von (ggf. durch Teilnehmerbeiträge zu finanzierende) Kurse konzipiert werden. Je nach Finanzierung der gesamten Arbeitsstruktur könnte dieses Tätigkeitsfeld auch ganz oder teilweise zur Erwirtschaftung von Eigenmitteln entwickelt werden.

Ansatzpunkte für die Entwicklung dieses Arbeitsbereiches ergeben sich insbesondere aus bestehenden Kontakten innerhalb der Stiftung SPI (Fachschule) und zur Polizei.

4. Recherche, Informationsaufbereitung und Öffentlichkeitsarbeit:

Dieses Tätigkeitsfeld muss zum einen gewährleisten, dass die Arbeit in den anderen Tätigkeitsfeldern auf der Höhe des fachlichen und wissenschaftlichen Diskurses und Forschungsstandes bleibt sowie aktuelle Vorkommnisse und Entwicklungen reflektiert, zum anderen soll es die Arbeitsergebnisse aus den verschiedenen Tätigkeitsfeldern dokumentieren und der jeweils betroffenen Fachöffentlichkeit (und ggf. auch zahlenden Nutzern) zugänglich machen.